



# WiWAt e.G.

Eine Stadteilgenossenschaft



Eine Untersuchung im Rahmen des europäischen Projekts:  
Management and promotion of local economic processes -  
Supporting economic self help and sustainable development



## Allgemeine Einführung

Das soziale Unternehmen befindet sich in einer Wachstumsphase. Sechs Partnerorganisationen, die in sozialen Unternehmen in Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien und den Niederlanden involviert sind, haben im Rahmen einer Kollektivuntersuchung zu sozialen Unternehmen mit einander kooperiert. Diese Untersuchung möchte feststellen, in wie fern und aus welchen Gründen der öffentliche Sektor und der private Wirtschaftssektor soziale Unternehmen dabei unterstützen sollten, ein signifikanter Partner auf lokaler Ebene zu werden.

Dieser Bericht befasst sich unter dem Titel „Management und Förderung von lokalen ökonomischen Prozessen“ mit einer der sechs lokalen Untersuchungen, die im Rahmen des gemeinsamen Projektes durchgeführt wurden.

Die sechs Partner sind Organisationen, die für und mit sozialen Unternehmen arbeiten. Darüber hinaus sind sie Verbände für soziale Unternehmen. Die Untersuchungspartner haben ganz unterschiedliche Hintergründe und ihre Möglichkeiten soziale Unternehmen zu vertreten, sind in so fern auch recht verschieden. Dies hängt mit Faktoren wie z.B. unterschiedliche Gesetzgebung, sowie Unterschiede in der früheren Entwicklung der Genossenschaftsbewegung des jeweiligen Landes zusammen.

In so fern sind die lokalen Untersuchungen auch sehr unterschiedlich, da der jeweilige Partner seinen eigenen Ansatz für die Untersuchungsdurchführung ausgewählt hat. Ein deutliches Bild der Unterschiede zwischen den sozialen Unternehmen, sowie ihre Schwierigkeiten und Möglichkeiten im Rahmen der gewählten Untersuchungsfelder, entsteht nach Lektüre aller Untersuchungsberichte.

Die holländische Partner gaben die zusammengefassten Ergebnisse der Untersuchung als Veröffentlichung heraus, um das Gesamtkonzept des sozialen Unternehmens, seiner Position innerhalb Europas sowie die Möglichkeiten und Notwendigkeit, an Beziehungen mit dem öffentlichen und dem privaten Sektor teilzunehmen, darzustellen. „Erfolgreiche Partnerschaften für die Sozialwirtschaft“ ist der Titel dieser Veröffentlichung. Sie kann als kollektiver Standpunkt der involvierten Partner betrachtet werden. Sie umfasst die Ergebnisse der Untersuchung als Ganzes in Bezug auf Konzepte, Ideen, Informationen und Instrumente zum Hauptthema der Untersuchung: Soziale Unternehmen als Quelle der Inspiration und Erneuerung in der lokalen und regionalen Entwicklung im Rahmen von Partnerschaften mit dem öffentlichen und dem privaten Sektor.

„Erfolgreiche Partnerschaften für die Sozialwirtschaft“ wurde für politische Entscheidungsträger, Beamten, Management und Mitarbeiter des öffentlichen- und des privaten Sektors als eine Einführung in die Hauptthemen verfasst. Sie ist bestrebt, Anregungen, Ideen und Instrumente für das Management und die Mitarbeiter in sozialen Unternehmen zu bestimmen, sowie einige Ziele, die erreicht werden sollten, zu benennen.

Die lokalen Untersuchungen sind in der Originalsprache sowie auf Englisch erhältlich. Die gemeinsame Veröffentlichung „Erfolgreiche Partnerschaften für die Sozialwirtschaft“ ist sowohl auf Englisch als auch in den Sprachen der verschiedenen Untersuchungspartner erhältlich. Die Namen der kooperierenden Partner sowie ihre Tätigkeitsfelder im Rahmen des Projektes sind wie folgt:

SAW, soziale Unternehmen in Wallonien, Belgien; GIEPP, soziale Unternehmen in Nord- Pas de Calais, Frankreich; Netz-NRW, Genossenschaften in Nordrhein-Westfalen; ÖkoStadt Bremen,

Kooperativen in Bremen, Deutschland; Cgm Brescia, soziale Genossenschaften in Italien; Verandering/Solidair, soziale Unternehmen in den Niederlanden.

Informationen in Bezug auf die Untersuchung, die Partner und ihre lokalen Untersuchungen sowie die gemeinsame Veröffentlichung befinden sich unter <http://www.mple.info>. Als Vertreter der Koordinationsgruppe dieser Untersuchung, möchte ich mich herzlich bei allen Partnern für ihre Mitarbeit bedanken, sowie für die Anregungen, die sie in den zahlreichen Diskussionen während des Projektes äußerten, als auch für ihre Beiträge zu unserer gemeinsamen Veröffentlichung.

Wir hoffen, dass Leser dieses Berichtes dazu angeregt werden, weitere Informationen in den anderen lokalen Untersuchungen zu suchen, sowie die gemeinsamen Ergebnisse der zusammengefassten Veröffentlichung „Erfolgreiche Partnerschaften für die Sozialwirtschaft“ zu lesen.

Paul Dijkstra  
Allgemeine Koordination MPLE



*Diese Veröffentlichung wurde von der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission finanziell unterstützt. Der Inhalt dieser Veröffentlichung entspricht nicht notwendigerweise der Meinung oder dem Standpunkt der Europäischen Kommission - Generaldirektion Beschäftigung und Soziales.*

Endbericht zur Untersuchung der WiWAt eG, Köln-Mülheim  
im Rahmen des  
Projektes der Europäischen Kommission - VP/2001/015

## **"Management and promotion of local economic processes Preparatory measures for a local commitment for employment"**

Im Rahmen des europäischen Projekts soll aufgezeigt werden, welche Instrumente sich Politik, Verwaltung und Bürger bedienen, um die lokale Ökonomie zu stärken. Die Untersuchung bezieht alle relevanten Gruppen ein, die einen fördernden oder hindernden Beitrag leisten. Neben beteiligten politischen Entscheidungsgremien (Landes-/Kreisebene, Stadt-/Bezirksebene), gehören auch alle Verwaltungsinstanzen; alle Förderinstitutionen, soziale Institutionen (Kirche, Parität), lokale Wirtschaftszusammenschlüsse und beteiligte Einzelpersonen dazu.

In diesem Abschlussbericht wird zusammenfassend der aktuelle Stand der Gründungsbemühungen der WiWAt eG beschrieben. Sowohl die internen, als auch die externen Hemmnisse und Einflussfaktoren werden aufgezeigt

### **Beschreibung des Projekts WiWAt e.G.**

#### **Standortsituation**

Die Stadt Köln gliedert sich in neun Bezirke. Mülheim im rechtsrheinischen Köln besteht aus den Stadtteilen: Buchforst, Buchheim, Dellbrück, Dünnwald, Flittard, Höhenhaus, Holweide, Mülheim und Stammheim.

Während die Stadtteile Dünnwald, Flittard, Stammheim eher dörflich geprägt sind, haben die anderen Stadtteile insbesondere Dellbrück und Mülheim ein städtisches Aussehen. Hier leben Menschen aller Nationalitäten und Angehörige aller Schichten, Bildungsgrade und Vermögen dicht an dicht.

Mülheim ist mit 142.000 EinwohnerInnen der einwohnerstärkste Bezirk Kölns und gleichzeitig ist Mülheim selbst mit 40.000 EinwohnerInnen einwohnerstärkster Stadtteil von Köln. Die Bevölkerung des Bezirks lebt in 67.000 Haushalten.

Die Zahl der versicherungspflichtigen Personen im Arbeitsamtsbezirk Mülheim ist in den letzten 10 Jahren um 25% gesunken und beträgt nur noch 56.000 Personen. Ca. 9200 Menschen sind erwerbslos, das entspricht einer Quote von 16%. Dies ist eine außerordentlich ungünstige Entwicklung, hervorgerufen durch den Abbau der "alten Großindustrie" im den ehemaligen Arbeiterquartieren Kölns.

Die Arbeitslosenquote liegt in einzelnen Stadtteilen bei über 20%.

Die Zahl der Wohnungen mit Sozialbindung ist in den letzten 10 Jahren um 20% gesunken. Gleichzeitig sind viele MülheimerInnen ärmer geworden. Mittlerweile sind 12.000 Menschen auf Sozialhilfeleistungen angewiesen. Dies liegt deutlich über dem städtischen Durchschnitt, erklärt sich aber aus der wachsenden Zahl Langzeitarbeitsloser, die aus dem Arbeitslosengeldbezug fallen und auf Ersatzleistungen angewiesen sind.

## **Bürgerschaftliche Initiative**

Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Standortsituation haben sich die Akteure unterschiedlichster Zusammenschlüsse (Mülheimer Bürgerdienste) und Einzelpersonen 1997 zusammen getan und die "Mülheimer Erklärung" unterzeichnet. Die Liste der ErstunterzeichnerInnen gibt einen Eindruck von der breiten bürgerschaftlichen Basis der Erklärung: Arbeitskreis „lokale Ökonomie“, Bauen Wohnen Arbeiten e. V., Böcking Treff e. V., Bürger für Obdachlose e. V., Institut für Theorie und Praxis der Neuen Arbeit e. V., Interessengemeinschaft Keupstraße e. V., Kulturbunker Mülheim e. V., Kunstverein Köln rechtsrheinisch e. V., Ulla Lützer (PDS, MdB), Mach mit e. V., Bodo Marciniak (Architekt), MitarbeiterInnen der Familienberatung der Christlichen Sozialhilfe e. V., MitarbeiterInnen der Familienberatung der Stadt Köln (Stadtbezirk Mülheim), MitarbeiterInnen der JobBörse Mülheim, MitarbeiterInnen der Kölner Selbsthilfe e. V., MitarbeiterInnen der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher (RAA), MitarbeiterInnen der Volkshochschule (Zweigstelle Mülheim), MitarbeiterInnen des Arbeitslosen-Bürger-Zentrum (ABC) (Köln-Höhenhaus), MitarbeiterInnen des Don-Bosco-Club e. V., MitarbeiterInnen des Interkulturellen Dienstes der Stadt Köln (Stadtbezirk Mülheim), MitarbeiterInnen des Internationalen Bundes-Arbeitsprojekt Mülheim, MitarbeiterInnen des Kolpinghaus Köln-Mülheim (Jugendwohnheim), MitarbeiterInnen des Mülheimer Turnverein, Mitglieder der Aktionsgemeinschaft Bürger helfen Bürgern, Dr. Carola Möller (Sozialwissenschaftlerin), Mülheimer Selbsthilfe Teestube e. V. (MütZe), Günther Oesinghaus (SPD, MdB), Ohne festen Wohnsitz e. V., ProVeedel Mülheim, Schäl Sick e. V., Sozialistische Selbsthilfe Mülheim e. V. (SSM), Zu Huss e. V..

In der "Mülheimer Erklärung" fordern die o.g. Gruppen, dass die "politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität in den von Erwerbslosigkeit besonders betroffenen Stadtteilen führen. Hierbei wird auf selbstbestimmtes Leben und auf Eigenarbeit der dort lebenden Leute gesetzt. Diese Politik setzt auf langfristige Kostenentlastung bei gleichzeitig steigender Lebensqualität."

Mit dieser Quartier-Politik wurden konkrete Forderungen verbunden:

Grund und Boden (z. B. Industriebranche) sollen in Erbpacht den "Bürgern " überlassen werden, sanierungsbedürftige Gebäude sollen für preiswertes Wohnen und für die Ansiedlung

von (Klein-) Gewerbe, für Selbsthilfeprojekte und für kulturelle Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Zur Umsetzung dieser Ziele wurde die Fläche des ehemaligen Güterbahnhofs Mülheim vorgeschlagen. In diesem (orts-)zentralen Areal, das als Ersatz- und Ergänzungsgebiet zum Sanierungsgebiet gehört, scheint die Gruppierung einen geeigneten Standort zur Umsetzung ihrer Ziele gefunden zu haben.

Auf diesem Gelände sollen auch Erwerbslose und andere InteressentInnen die Möglichkeit erhalten, sich mit eigener "Muskelhypothek" Wohnraum, Arbeitsplätze, Freizeiteinrichtungen, Gemeinschaftseinrichtungen und Freiräume zu schaffen. Dazu sind eine Reihe von Projektideen entwickelt worden, die teilweise bereits in langjähriger Praxis erprobt sind: Solarschule, Baurecyclinghof, Eigenarbeitshaus (Stadtteilwerkstatt), Bau- und Gartenkollektiv, Müllemer Wäschwiewer und Jonge, Möbel- und Kleider: Aufarbeitung und Verkaufen, Reparaturdienste, Bau von Werkstattgebäuden und Wohnungen, Sozialstation und Hospiz. Gewerbetreibende sollen die Möglichkeit haben, zu preiswerten Mieten Gewerberäume zu nutzen, sofern sie dauerhafte Arbeitsplätze einrichten. Das Gesamtkonzept orientiert sich an den Zielvorstellungen der Agenda 21 durch die Aufhebung der Trennung von Arbeitsplatz, Wohnen und Freizeit sowie durch die Renovierung, Wiederherstellung und Nutzung gebrauchter vielfältiger Gebrauchsgegenstände.

### **WiWAt e.G.**

Am 30.10.01 wurde die „**WiWAt eG** -Stadtteilgenossenschaft Mülheim am Rhein für solidarisches **W**irtschaften, **W**ohnen, **A**rbeiten und **L**eben“ gegründet.

Die **WiWAt eG** ist aus der "Initiative Neue Arbeit für Mülheim" entstanden, die auf der Basis der "Mülheimer Erklärung" ein Sanierungskonzept für das Gelände „Alter Güterbahnhof“, einschließlich des F&G-Grundstücks zwischen Markgrafenstrasse, Keupstraße und Schanzenstrasse erarbeitet hat.

Grundziele der Genossenschaft sind:

- eine nachhaltige Stadtentwicklung (gemäß den Vorgaben der Agenda 21, der Habitat-Resolution und dem Bund/Länderprogramm "Soziale Stadt",
- ein solidarisches Wirtschaften, Arbeiten, Lernen und Leben und die Schaffung dauerhafter Existenzsicherung, insbesondere für die Stadtteilbewohner/innen

Unter dem Aspekt der "European Employment Strategy" betrachtet, entsprechen die Planungen der WiWAt AG den Empfehlungen der EU-Kommission in nahezu allen vier

Aktionslinien (Beschäftigungsfähigkeit, Unternehmertum, Anpassungsfähigkeit und Chancengleichheit).

## **1. Beschäftigungsfähigkeit**

In neuen solidarischen Zusammenhängen sollen Langzeitarbeitslose, ehemals Obdachlose und Drogenabhängige sowie andere sozial Benachteiligte über die Mitarbeit in Selbsthilfebetrieben neue Arbeits- und Lebensperspektiven gewinnen. Sie sollen in die dort bestehenden Regeln und Strukturen integriert sowie qualifiziert werden. Da die Beschäftigung in Selbsthilfebetrieben auf Dauer ausgerichtet ist, muss nicht in jedem Fall eine Beschäftigungsfähigkeit im konventionellen „Ersten Arbeitsmarkt“ erreicht werden, denn manche Behinderte, ehemals Suchtkranke etc. sind den Leistungsanforderungen dort nicht gewachsen und würden von neuem ausgegrenzt.

Mitglieder der Stadtteilgenossenschaft WiWAt sind unter anderem der SSM e.V. (ein seit über 23 Jahren selbständig wirtschaftender Selbsthilfebetrieb) und neuerdings die Begleitung eG (eine seit über 10 Jahren erfolgreich wirtschaftende Genossenschaft). Diese Praxisbetriebe bringen ihre langjährige Erfahrung mit der Integration benachteiligter Menschen in die WiWAt eG bzw. in den Prozess der Neugründung von Selbsthilfeprojekten ein. Die Erfahrungen in diesen Betrieben zeigen, dass insbesondere zum Teil jüngere Beschäftigte nach einer gewissen Zeit aus dem Selbsthilfezusammenhang ausscheiden und auch eine Beschäftigungsfähigkeit für den Ersten Arbeitsmarkt entwickelt haben bzw. dort eine Arbeit finden. Selbsthilfebetriebe und WiWAt als deren Dachgenossenschaft können also zur Beschäftigungsfähigkeit für den Ersten Arbeitsmarkt beitragen. Dies ist aber nicht ihre primäre Aufgabe, sondern vielmehr eigenständiges Wirtschaften und existenzsichernde Versorgung der Mitglieder sowie deren Persönlichkeitsentwicklung in neuen solidarischen Arbeitszusammenhängen und Gemeinschaftsstrukturen.

## **2. Unternehmergeist**

Die WiWAt eG versteht sich als Dachgenossenschaft für:

a) **Existenzgründungen von Selbsthilfebetrieben und Aufbau eines Quartiers nachhaltiger Stadtentwicklung incl. Wohnen für die Genossenschaftsmitglieder:** WiWAt plant ein neuartiges Existenzgründungszentrum „Haus der Möglichkeiten“, wo sozial benachteiligte Menschen, aber auch Ratsuchende aus allen Schichten der Bevölkerung Ideen für die Gründung einer eigenen ökonomischen Existenz, alleine oder gemeinschaftlich, entwickeln können und hierbei gefördert werden sollen (geplante Realisierung 2004). In der konkreten Praxis leistet WiWAt Koordinierungsarbeit und Kontaktpflege zu potentiellen Existenzgründer/innen, die mehr oder weniger konkrete ökonomische Konzepte vorlegen

können. Um die bestehenden Ideen aufzugreifen und interessierten Akteur/innen Hilfestellungen geben zu können, führte das Netz NRW in Zusammenarbeit mit der WiWAt eG am 14. Dezember 2002 eine Zukunftswerkstatt durch. Dort wurden mehrere Projektideen vorgestellt. So plant z.B. die Begleitung eG, neben ihrem bereits vorhandenen Kölner Betrieb auch in Köln-Mülheim ein Unternehmen für Bestattungsdienste in Kombination mit Sterbe- und Trauerbegleitung zu eröffnen. Daneben gibt es Interessierte an einem Betrieb für Elektro- und Weißgeräte-Recycling, an einem Dienstleistungsunternehmen für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, an einer Druckerei für eine Obdachlosenzeitung, an einem Café (in dem insbesondere geistig Behinderte arbeiten sollen) u.a.

b) für **Kooperationen** sowohl der gegenseitigen Versorgung von Selbsthilfeprojekten als auch der übergreifenden Kooperation mit sonstigen Akteuren im Stadtteil (z.B. Unternehmen, Verwaltung, Privatleuten, sozialen Einrichtungen etc.). Außerdem leistet WiWAt im Rahmen der aktuellen Möglichkeiten Öffentlichkeitsarbeit, um Menschen zur ökonomischen Selbsthilfe zu ermutigen.

### **3. Anpassungsfähigkeit**

Die Stadtteilgenossenschaft WiWAt eG knüpft an den bisher ungelösten ökonomischen und sozialen Problemen der Menschen in Köln-Mülheim an. WiWAt orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen, die entweder stärker solidarisch leben und arbeiten möchten als in konventionellen Erwerbsstrukturen oder deren Existenz und Autonomie meist nur durch Formen der ökonomischen Selbsthilfe gesichert werden kann. Die unter dem Dach von WiWAt geplanten Existenzgründungen orientieren sich in ihren Produkten und Dienstleistungen ebenfalls an den Bedürfnissen insbesondere sozial schwächerer Bevölkerungsschichten, z.B. preiswerte Recyclingartikel und Gebrauchsgüter, preiswerte Beerdigungen, Betreuung z.B. für Hauptschüler in sozialen Brennpunkten, Café und Treffpunkt von Behinderten auch für Behinderte und Senior/innen. WiWAt selbst gewährleistet aufgrund der demokratischen Struktur als eingetragene Genossenschaft gleichberechtigte Entscheidungen, Mitbestimmung und Mitgestaltung bei der Entwicklung des geplanten Quartiers auf der ehemaligen Industriebrache „Alter Güterbahnhof Mülheim“.

### **4. Chancengleichheit**

Die Konzeption der WiWAt eG zielt auf die Integration gesellschaftlich ausgegrenzter und benachteiligter Menschen in existenzsichernde Strukturen im Rahmen von Selbsthilfeprojekten unter dem Dach der Genossenschaft. Die Zusammensetzung der WiWAt-Mitgliedschaft gewährleistet insofern die Umsetzung dieser Konzeption, als Mitglieder aus real existierenden Selbsthilfebetrieben in Vorstand und Aufsichtsrat von WiWAt Gewicht und

Stimme haben. In diesen Selbsthilfebetrieben werden gesellschaftlich benachteiligte Menschen seit vielen Jahren integriert. Oftmals handelt es sich dabei um Menschen, die ansonsten in Heimen (z.B. geistig Behinderte) oder in Einrichtungen betreuten Wohnens untergebracht wären oder z.B. als Drogenabhängige oder Langzeitarbeitslose auf Sozialhilfe angewiesen wären.

## **Agenda der Aktivitäten**

### 1. Halbjahr 2002

- Bemühungen um öffentlich finanzierte hauptamtliche Stellen
- Kooperationsstrategien (Bürgerdienste, Begleitung eG, Verbandsrat Prüfverband und netz NRW)
- Öffentlichkeitsarbeit

### 2. Halbjahr 2002

- Abschluss der Gründung
- Bemühungen um öffentlich finanzierte hauptamtliche Stellen
- Aufbau eines regelmäßigen Treffens für Aktive und Interessierte
- Kooperationsstrategien (Bürgerdienste, Begleitung eG, Verbandsrat Prüfverband und Netz NRW)
- Öffentlichkeitsarbeit

### 1. Halbjahr 2003

- Aufbau eigenständiger Projektgruppen
- Verhandlungen mit der Kommune über Gewerberäume
- Sonstige Lobbyarbeit (Arbeitsamt, 2. Stadtteilforum, Brief an Politiker)
- Kooperationsstrategien (Möbelverbund, Bürgerdienste)
- Öffentlichkeitsarbeit

### 2. Halbjahr 2003

- Neuformierung politischer und gesellschaftlicher Kräfte im Stadtteil
- Kooperationsstrategien (Bürgerdienste)
- Öffentlichkeitsarbeit
- Sonstiger Sachstand

## **Interne und Externe Hemmnisse und Einflussfaktoren**

1 und 2. Halbjahr 2002

- **Abschluss der Gründung**

Vor Eintragung der Genossenschaft beim Amtsgericht musste eine Prüfung durch den Prüfverband erfolgen. Für die Prüfung wurde durch die WiWAt eG i.G. (in Gründung) eine Wirtschaftlichkeitsberechnung anhand eines Beispielprojektes (SSM e.V.) durchgeführt und durch den Prüfverband ein Prüfbericht vorgelegt. Die Kosten dieses Verfahrens wurden der Genossenschaft WiWAt zu einem Zeitpunkt in Rechnung gestellt, als sie selbst allein schon aus rechtlichen Gründen vor der Nichteintragung beim Amtsgericht keine Beitrittsgelder erheben konnte. Dieser Umstand führte zu erheblichen internen Auseinandersetzungen über die Frage, ob es denn sinnvoll wäre, die Genossenschaft weiter zu betreiben, teilweise in Verkennung der Tatsache, dass die entstandenen Kosten der Prüfung in jedem Fall zu begleichen waren. Die Rechnung wurde schließlich durch Vorleistung dreier Genossenschaftsmitglieder beglichen, unter dem Vorbehalt der späteren Verrechnung mit dem zu zahlenden Genossenschaftsbeitrag. Weitere Kosten wie z.B. für den Druck von Öffentlichkeitsmaterial, Notarhonorar, Pflicht-Mitglieds-beiträge für den Prüfverband und die Industrie- und Handelskammer wurden vom „Mach mit e.V.“, dem Förderverein des SSM, als zinsloses Darlehen vorfinanziert.

Bereits in dieser Phase wurde deutlich, dass schon allein die Gründung der Genossenschaft vom Engagement und den finanziellen Vorleistungen des SSM e.V. bzw. seines unmittelbaren Umfeldes abhing.

Die Eintragung der Genossenschaft beim Amtsgericht und damit die offizielle Gründung erfolgte dann im Oktober 2002.

- **Bemühungen um öffentlich finanzierte hauptamtliche Stellen**

WiWAt unternahm zum einen den Versuch, öffentlich finanzierte hauptamtliche Stellen nach Möglichkeit als SAM (Strukturanpassungsmaßnahme) einzurichten. In den Jahren 2000 und 2001 war dies sowohl vom Arbeitsamt als auch vom Landesministerium für Wohnen und Stadtentwicklung als kofinanziertes Modell in Aussicht gestellt worden. Das Landesministerium erteilte WiWAt wegen der Haushaltslage im 2. Halbjahr 2002 eine Absage.

Daraufhin beantragte WiWAt im November 2002 frist- und formgemäß beim Arbeitsamt eine ABM-Stelle. Diese wurde dann im Februar 2003 abgelehnt.

Darüber hinaus unternahm WiWAt den Versuch, im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“, als Projekt des Stadtteils mit besonderem Erneuerungsbedarf im Rahmen der Mülheimer Bürgerdienste Finanzmittel für die Aufbauphase der Genossenschaft zu beantragen, was jedoch auch nicht gelang (siehe Kooperationsstrategien).

- **Aufbau eines regelmäßigen Treffens für Aktive und Interessierte**

WiWAt organisierte regelmäßige monatliche Treffen für alle Genossenschaftsmitglieder und Interessierten. An diesen Treffen nahmen eine Zeit lang bis zu 15 Personen regelmäßig teil. Dabei handelte es sich zum einen um Personen aus dem Unterstützerveraum des SSM, zum anderen um neu hinzu gewonnene, größtenteils arbeitslose Interessierte. Auslöser für die Einrichtung eines solchen Treffens war das rege Interesse und die vielen Anfragen vieler Leute, die von WiWAt durch deren Öffentlichkeitsarbeit in der Gründungsphase erfahren hatten. Es erfordert weniger Zeitaufwand, eine Gruppe von Menschen ausführlich über das Konzept und die aktuellen Entwicklungen der Genossenschaft zu informieren, als dies in jedem Einzelfall leisten zu müssen. Der wichtigste Grund für diese Treffen war jedoch der Forumscharakter zum Kennenlernen und gegenseitigen Austausch.

- **Kooperationsstrategien (Bürgerdienste, Begleitung eG, Verbandsrat Prüfverband und netz NRW)**

#### Bürgerdienste

Die Mülheimer Bürgerdienste sind –wie s.o. erläutert- ein Zusammenschluss von (städtischen und nicht-städtischen) sozialen Einrichtungen, Initiativen und Vereinen, die sich miteinander austauschen und eine gemeinsame Gestaltung des Stadtteils betreiben, in dem sie auf Politik und Verwaltung Einfluss nehmen. Neben dem SSM, dem Institut für Neue Arbeit und anderen Initiativen Mülheims gehört auch die WiWAt eG den Mülheimer Bürgerdiensten an. Eine regelmäßige Vertretung von WiWAt bei den Sitzungen der Bürgerdienste konnte gewährleistet werden.

Die Bürgerdienste hatten 1997 die sog. „Mülheimer Erklärung“ verabschiedet, in der unter anderem die Überlassung der Industriebrache „Alter Güterbahnhof Mülheim“ in Erbpacht zum Zweck der Gestaltung eines neuen lebendigen Stadtquartiers und der Realisierung von Projekten „Neuer Arbeit“ gefordert worden war. Aus den Bürgerdiensten heraus hatte sich im

Anschluss daran die „Initiative Neue Arbeit für Köln-Mülheim“ entwickelt, aus der schließlich die Gründung der Stadtteilgenossenschaft WiWAt eG hervorgegangen war. Ein Problem der Zusammenarbeit mit den Bürgerdiensten bestand im 2. Halbjahr 2002 darin, dass die Protagonisten der Bürgerdienste keinen wirklichen Bezug zu WiWAt hatten (siehe interne und externe Hemmnisse).

Die Stadt Köln hatte im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ die Mülheimer Bürgerdienste aufgefordert, Projekte für das Stadtteil zu erarbeiten und einzureichen. In diesem Zusammenhang hatte auch WiWAt als Teil der Bürgerdienste 2 Projektanträge vorgelegt, einen zur Förderung der Aufbauphase mit Finanzmitteln für Personal und Grundausstattung; einen weiteren zur Förderung des Projektes „Haus der Möglichkeiten“. Die Mülheimer Bürgerdienste haben insgesamt Projekte im Gesamtvolumen von 490.000,- Euro entwickelt. Dabei wurden die von WiWAt vorgelegten Projektkonzepte nicht aufgegriffen. Statt dessen wurde ein als „Vorläuferprojekt“ interpretierbarer Kompromissvorschlag zum „Haus der Möglichkeiten“ favorisiert, dem auch WiWAt zustimmte, da diese Konstruktion wegen der Geschlossenheit der Bürgerdienste die einzige Möglichkeit war, überhaupt ein Projekt im Sinne von WiWAt gegenüber der Kommune durchzusetzen. Träger dieses Projektes sind die JobBörse Pro Veedel in Köln-Mülheim, das städtische Bezirksjugendamt, die Arbeiterwohlfahrt Köln mit der JobBörse Köln-Buchheim und das Institut für Neue Arbeit (als weiterer Träger und stellvertretend für WiWAt, die zum Zeitpunkt des Projektantrags noch nicht offiziell amtsgerichtlich registriert war). Das Projekt nennt sich „JobRAPID“. Mit JobRAPID sollen Arbeitslose ohne marktfähige Qualifikation im Fördergebiet erreicht werden, denen bislang Partizipationsmöglichkeiten am Arbeitsmarkt und darüber hinaus fehlen. Diesen Arbeitslosen sollen direkt durch sofortigen Einstieg in die Arbeitspraxis über eine praktische Mitarbeit in Betrieben z.B. über Praktika (auch in Selbsthilfebetrieben) neue Perspektiven vermittelt werden. Das Institut für Neue Arbeit (INA) ist Mitglied der Stadtteilgenossenschaft WiWAt und steht im Rahmen dieses Projektes dafür, dass interessierte Arbeitslose mit der Praxis der Selbsthilfe in Kontakt kommen und sich ggf. zu einem späteren Zeitpunkt für ein Selbsthilfeprojekt im Rahmen der WiWAt eG interessieren. Aus Sicht der WiWAt eG und des INA soll JobRAPID ein „Vorläuferprojekt“ darstellen für das im Rahmen der WiWAt eG geplante „Haus der Möglichkeiten“, das Arbeitslose zur Gründung von Selbsthilfeprojekten unter dem Dach der WiWAt eG ermutigen und befähigen soll. Die Mülheimer Bürgerdienste ersetzen den im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ normalerweise üblichen Stadtteilmanager und haben den Vorzug, dass Projekte gemeinsam präsentiert werden und deshalb von Seiten der Politik nicht so einfach – wie in anderen Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf in der Bundesrepublik Deutschland -

gegeneinander „ausgespielt“ werden können, wenn es z.B. um die öffentliche Förderung und Anschubfinanzierung für Projekte geht.

### **Begleitung eG**

Die Begleitung eG wurde im 2. Halbjahr 2002 Mitglied der WiWAt eG. Die Begleitung eG ist eine Kölner Sozialgenossenschaft, deren Erwerbsstandbein (Bestattungsgewerbe) verbunden ist mit der Förderung von Selbsthilfeaktivitäten, Sterbe- und Trauerbegleitung. Auf der Grundlage gemeinsamer Wertvorstellungen und Ziele entstand die Idee, unter dem Dach der WiWAt eG ggf. ein weiteres Bestattungsprojekt insbesondere für finanzschwächere Bevölkerungsschichten zu realisieren.

### **Verbandsrat**

Ein Aufsichtsratsmitglied der WiWAt eG (Michael Birkenbeul) wurde im 2. Halbjahr 2002 Mitglied des Verbandsrates des Prüfverbandes, in dem auch WiWAt Mitglied ist. Er vertritt dort insbesondere die Interessen der kleinen Genossenschaften, deren Bedarf an Qualifizierung, etwa in Sachen Vorbereitung der Wirtschaftsprüfung, Bilanzbuchhaltung u.a. besonders groß ist. WiWAt steht im Austausch mit anderen Stadtteilgenossenschaften und gibt Hilfestellungen bei Neugründungen, z.B. in Satzungsfragen.**netz NRW**

Die Kooperation zwischen WiWAt und dem netz NRW wurde im 2. Halbjahr 2002 vertieft, insbesondere durch intensive Zusammenarbeit an diesem EU-Projekt und ein Projekttagungen in Köln-Mülheim vor Ort. Die Begleitung durch das netz NRW hat den WiWAt-Akteuren nach eigener Aussage Mut gemacht, weil sie ansonsten, etwa von Politik und Verwaltung, selten positiven Zuspruch erhielten. Die Tatsache, dass WiWAt zum Gegenstand einer vergleichenden europäischen Untersuchung gemacht wurde, wurde als Aufwertung empfunden und als Bestätigung der eigenen Bemühungen.

Am 14.12.02 wurde auf Einladung des netzes NRW in der Volkshochschule in Köln-Mülheim mit Interessierten und Mitgliedern der WiWAt eG ein Workshop „Zukunftswerkstatt“ durchgeführt. An dieser eintägigen Veranstaltung nahmen ca. 20 Personen teil, darunter auch einige mit konkreten Projektvorhaben, die sie im Rahmen der Stadtteilgenossenschaft WiWAt eG in Köln-Mülheim realisieren wollten. In drei Schwerpunkt-Arbeitsgruppen: „Recycling/ökologisches Bauen“, „Haus der Möglichkeiten/Inter-generationenhaus“ und „Literaturcafé/Umsonstladen“ besprachen die Teilnehmer/innen Ziele und Realisierungsschritte incl. Zeitplan für die jeweiligen Projekte. Der Kreis der Teilnehmer/innen repräsentierte eine große Bandbreite der Bevölkerung, darunter z.B. ein Theologe, der eine Genossenschaft (die Begleitung eG) für Bestattungsdienste sowie Trauer- und Sterbebegleitung leitet, eine Journalistin, ein Mitarbeiter des Schulamtes der Stadt Köln,

Alleinerziehende, Erwerbslose, Schwerbehinderte, Akademiker/innen, Rentner/innen, Künstler/innen, Handwerker/innen etc.

- **Öffentlichkeitsarbeit**

Im ersten Halbjahr 2002 hatte es im Rahmen einer sechswöchigen Ausstellung des SSM im Kölner Museum Ludwig eine rege Öffentlichkeitsarbeit für WiWAt als eines der vom SSM mit begründeten Projekte gegeben, in Form von Informationsmaterial, einem Film und öffentlichen Veranstaltungen. Diese Ausstellung wirkte sich auch auf die öffentliche Resonanz z.B. durch die Medien (z.B. Süddeutsche Zeitung) im zweiten Halbjahr 2002 aus. Für die Mitarbeit in der Genossenschaft wurde in einer Mülheimer Stadtteilzeitung geworben. Gremienmitglieder der WiWAt eG nahmen an diversen öffentlichen Veranstaltungen als Referent/innen teil. Eine große Benefiz-Veranstaltung mit über 250 Teilnehmer/innen im Kulturbunker Mülheim zugunsten der Projekte des SSM e.V. warb unter anderem für die Unterstützung der WiWAt eG.

## **1. Halbjahr 2003**

- **Aufbau eigenständiger Projektgruppen**

Im Anschluss an den Workshop „Zukunftswerkstatt“ im Dezember 2002 bildeten sich bei WiWAt drei eigenständige Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppe Recycling entwickelte einen Plan zur Realisierung eines Selbsthilfebetriebes für Reparatur, Recycling und Verkauf von Weißgeräten (Waschmaschinen, Herden, Geschirrspülern etc.) und nahm Kontakt mit dem Verbund gemeinnütziger Kölner Möbellager e.V. auf, um mit diesem in den Bereichen Bezug entrümpelter Geräte und ggf. Kommissionsverkauf reparierter Geräte zusammenzuarbeiten. Die Arbeitsgruppe zum Intergenerationenhaus diskutierte ihre Konzeption und nahm Kontakte zu potentiellen Kooperationspartnern auf.

Die dritte Arbeitsgruppe plant ein Literaturcafé und einen Umsonstladen. Sie besuchte einen Umsonstladen in Hamburg und machte sich mit der Praxis vertraut.

Konzept für ein Projekt „Recycling und Reparatur Weißer Ware“ und Ergänzungskonzept für den Bau von Wohn- und Betriebsraum

Seit Dezember 2002 besteht bei der WiWAt eG eine Arbeitsgruppe, deren Mitglieder einen Selbsthilfebetrieb im Bereich “Recycling weißer Ware” initiieren wollen.

Das Recycling weißer Ware besteht

- a) aus der Reparatur und Wiederverwendung weißer Ware (insbesondere Waschmaschinen, Herde, Geschirrspüler, Trockner, teilweise Kühlschränke),
- b) aus der Wiederverwertung von Ersatzteilen und
- c) aus der Verwertung von Rohstoffen, z.B. Kupfer.

Die recycelten Weißgeräte sollen sowohl an Privatkund/innen als auch an Sozialhilfeempfänger/innen verkauft werden. Des Weiteren soll ein Hausreparaturdienst eingerichtet werden. Die Erweiterung um weitere Recyclingbereiche (z.B. braune Ware = Fernsehgeräte, Stereoanlagen etc. und graue Ware = PCs und Zubehör oder auch Elektronikschrott, z.B. Kabel) kann/soll zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, wenn der Bereich Weißgeräte-Recycling erfolgreich funktioniert.

Eine Person, die sowohl Erfahrung im fachlichen als auch im pädagogischen Bereich hat, steht als ehrenamtlicher Anleiter zur Verfügung. Weitere Projektteilnehmer/innen sind arbeitslos und möchten sich mittelfristig über die Gründung eines Selbsthilfebetriebes im Rahmen der WiWAt eG eine neue Existenz aufbauen. Darüber hinaus arbeiten dort unterstützend Koordinator/innen von WiWAt und erfahrene Selbsthilfe-Akteur/innen mit. Kooperationspartner sind unter anderem ein Psychologe, der Schulabbrecher betreut, und ein Mitglied der Geschäftsstelle des Verbundes gemeinnütziger Kölner Möbellager.

Angestrebt wird eine Betriebsgröße von ca. 20 Mitgliedern. Die Zielgruppe sollen Arbeitslose jeglichen Alters, mit und ohne Behinderung, mit unterschiedlichem Qualifikationsprofil sowie Schulabbrecher/innen bzw. Ungelernte umfassen. Die Mitglieder müssen zumindest teilweise Qualifikationen oder Teilqualifikationen im Bereich des Weißgeräte-Recycling aufweisen. Denkbar ist, dass derzeit arbeitslose Personen hierfür über das Arbeitsamt zielgerichtet qualifiziert werden und eine Aus- oder Fortbildung erhalten, die ihnen eine erfolgreiche Existenzgründung im Rahmen dieses Selbsthilfebetriebes ermöglicht.

Angestrebt wird, dass über Zuschüsse des Arbeitsamtes, Arbeitslosen eine Starthilfe zur Existenzgründung gegeben wird.

Insbesondere in der Anfangsphase ist eine Kooperation mit Meisterbetrieben im Elektro-Bereich angestrebt sowie ggf. eine ehrenamtliche Mitarbeit pensionierter Meister, damit auch

betriebliche Ausbildungsangebote ggf. in Form von Ausbildungspools entwickelt werden können.

Eine Zusammenarbeit mit dem Sozialamt der Stadt Köln wird angestrebt, um eine kostengünstige Versorgung der Sozialhilfeempfänger/innen mit funktionstüchtigen Recycling-Geräten zu vereinbaren und hier einen wichtigen Absatzmarkt zu etablieren. Als eine Zielgruppe der Privatkunden kommen z.B. auch Studierende in Betracht, die entsprechend beworben werden müssen.

Des Weiteren strebt der Betrieb eine Mitgliedschaft im gemeinnützigen Verbund Kölner Möbellager an, um auch diversen Hilfen in den Bereichen Qualifizierung, Betriebsentwicklung, Werbung und kostengünstige (nach Möglichkeit kostenlose) Beschaffung defekter Weißgeräte zu erhalten sowie ggf. in der Anfangsphase auch vom Kommissionsverkauf in den bestehenden Second-Hand-Läden zu profitieren.

In der Anfangsphase wird das Projekt zunächst mit ausschließlich ehrenamtlichen Kräften bzw. vielen völlig unqualifizierten Freiwilligen keine nennenswerten Umsätze erzielen können. Aus diesem Grund kann auch für eine Werkstatt bzw. Lagerhalle keine Miete gezahlt werden, da zunächst weder Eigenkapital noch Einnahmen vorhanden sind. Binnen einer 2-jährigen Anlaufzeit soll ein funktionierender Betrieb aufgebaut werden.

Im Anschluss an diese Startphase soll anderweitiger kostengünstiger Betriebsraum, z.B. eine Halle auf der Industrietrache "Alter Güterbahnhof Mülheim" sowie mietpreisgünstiger Wohnraum für die Beschäftigten in der Nähe zur Verfügung stehen (siehe Kapitel 2.2 Ergänzungskonzept). Damit die Konkurrenzfähigkeit und soziale Leistungsfähigkeit des Selbsthilfebetriebes auf Dauer gewährleistet werden kann, müssen insbesondere durch Niedrigstmieten die Betriebs- und Lebenshaltungskosten für Wohn- und Betriebsräume minimiert werden.

**Ergänzungskonzept für den Bau von Wohnungen und Betriebsräumen auf der Industrietrache "Alter Güterbahnhof Mülheim" und für die gleichzeitige Existenzgründung eines weiteren Selbsthilfebetriebes im Bereich "ökologisches Bauen und Baurecycling":**

Der Bau von Wohn- und Betriebsräumen soll durch einen weiteren Selbsthilfebetrieb Neuer Arbeit erfolgen. Nach dem Bielefelder Modell und dem Modell des Selbsthilfebetriebes

„Bauen-Wohnen-Arbeiten“ in Köln-Ossendorf könnte eine Gruppe von Arbeitslosen unter entsprechender Anleitung mit dem Bau von Betriebsräumen und Wohnungen (z.B. mit Lehm- und Holzbau, der teilweise nur geringe Qualifikationen erfordert) im Rahmen einer Arbeitsförderungsmaßnahme beschäftigt werden. Im Rahmen dieser Maßnahme könnten sowohl Wohnungen für diese Gruppe als auch für den Weißgeräte-Recyclingbetrieb sowie Betriebsräume für beide Betriebe entstehen. Nach Abschluss der Bautätigkeit und Maßnahme könnte der neue Selbsthilfebetrieb mit den Erwerbsstandbeinen: „ökologisches Bauen“, „erneuerbare Energien“, „Bauelemente-Recycling“ und „Recycling-Baumarkt“ selbständig im Rahmen von WiWAt weiterarbeiten bzw. diese Erwerbsstandbeine auf- und ausbauen. Auf diese Weise ließen sich mehrere Probleme gleichzeitig lösen und parallel zwei Selbsthilfeprojekte neuer Arbeit mit dann insgesamt 40 Beschäftigten effektiv auf den Weg bringen.

Die größte Unsicherheit bei diesem Konzept liegt weniger in der Grundstücksfrage, da hier die Kommune möglicherweise kooperationsbereit ist, sondern vielmehr in der Frage der Anschubfinanzierung, z.B. über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder vergleichbare Maßnahmen zur Arbeitsförderung. Aufgrund der aktuellen Reformen ist der weitere Umgang hiermit von Seiten des Arbeitsamtes und der öffentlichen Hand in Kommune und Land aber nicht absehbar.

### **Intergenerationenhaus**

Die Grundidee des Intergenerationenhauses ist ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Wohnen älterer Menschen, die über Kinder- und Hausaufgabenbetreuung auf freiwilliger Basis im gleichen Gebäude bzw. unmittelbarer Nachbarschaft sowohl eine Aufgabe als auch neue generationsübergreifende Kontakte erhalten. Die in einer Kindertagesstätte ganztägig untergebrachten Kinder haben ebenfalls Kontakte zur älteren Generation. In Ansätzen soll hierdurch wieder ein Zusammenleben von Jung und Alt ermöglicht werden. Das Intergenerationenhaus möchte die Selbsthilfeaktivitäten älterer Menschen fördern und auch Selbstversorgungsansätze unterstützen, z.B. mit Hilfe von Nutzgärten, ggf. Kleintierhaltung etc. Das Intergenerationenhaus soll offen sein für alle Nationalitäten und für Menschen aller sozialen Schichten.

Die Diskussion der Arbeitsgruppe kreiste einige Zeit um die Frage, wie Menschen in Köln-Mülheim für dieses Haus gewonnen werden sollen. Umstritten ist die Frage, ob eine spezielle Integrationsarbeit zur Einbeziehung von Migrant/innen erforderlich ist oder dies die Schwerpunktsetzung des Konzeptes verändert. Denkbar ist allerdings auch, dass die getroffene Schwerpunktsetzung auf ein Zusammenleben mit Kindern insbesondere ältere Migrant/innen anspricht und hierdurch bereits spezielle Interessen von Migrant/innen

berücksichtigt werden. Die Arbeitsgruppe scheiterte bislang an der Klärung der Finanzierungsfragen, dem mangelnden Selbstvertrauen der Initiatorinnen, dieses Projekt auf den Weg bringen zu können.

- **Verhandlungen mit der Kommune über Gewerberäume**

Am 16.01.03 fand ein Gespräch zwischen Vertreter/innen der WiWAt eG und dem Kölner Wirtschaftsdezernenten , einer Mitarbeiterin des Dezernats sowie zwei Vertretern des Amtes für Stadtansanierung und Baukoordination statt. Wesentliche Ergebnisse dieses Gespräches waren:

Der Wirtschaftsdezernent begrüßte die Aktivitäten der WiWAt eG zur Gründung von Selbsthilfeprojekten am „Ersten Arbeitsmarkt“ ausdrücklich und sicherte hierfür seine Unterstützung zu.

Er bot an, sich dafür einzusetzen, dass für das zu realisierende Recyclingprojekt der WiWAt eG eine Halle in Köln-Mülheim für einen Zeitraum von ca. 2 Jahren mietfrei zur Verfügung gestellt werden soll.

Einige Wochen später erhielt WiWAt ein Schreiben des zuständigen Dezernats, in dem bedauert wurde, dass der Vermieter der Halle diese der Genossenschaft nicht für eine mietfreie Nutzung zur Verfügung stellen möchte.

WiWAt hoffte zum Berichtszeitpunkt (Dezember 2003) noch darauf, dass nach Aufhebung der Haushaltssperre und Beschlussfassung über einen neuen Haushalt im 2. Halbjahr 2003 eine Subventionierung der Hallenmiete durch die Stadt für den Zeitraum von 2 Jahren möglich wird.

- **Lobbyarbeit (2. Stadtteilforum, Briefe an Politiker, Gespräch mit Arbeitsamt)**

Nachdem das Arbeitsamt den Antrag der WiWAt eG auf eine ABM- oder SAM-Stelle abgelehnt hat, wurde ein Gesprächstermin zwischen WiWAt und dem stellvertretenden Leiter des Mülheimer Arbeitsamtes vereinbart. Gegenstand des Gesprächs waren drei Punkte:

- a) finanzielle Fördermöglichkeiten für WiWAt bzw. ABM-Stellen,
- b) Unterstützung für arbeitslose Existenzgründer/innen, die ein gemeinschaftliches Projekt aufbauen wollen,
- c) Kooperation und Vermittlung interessierter Arbeitsloser an WiWAt.

Die Konsequenz aus diesem Gespräch war, dass die bei WiWAt engagierten arbeitslosen Mitglieder und Interessierten eine gemeinschaftliche Existenzgründung nur dann betreiben können, wenn der SSM als Praktikumsbetrieb fungiert.

Der Antrag konnte von WiWAt nicht gestellt werden, da nach wie vor nur wenige ehrenamtliche Kräfte zur Verfügung stehen, die personell nicht in der Lage wären, ein solches Projekt durchzuführen.

## **2. Mülheimer Stadtteilforum**

Das zweite Mülheimer Stadtteilforum war der Sache nach eine Vorstellung der Preisträger und Projekte im Rahmen eines Architekturwettbewerbs zur Gestaltung der Industriebrache „Alter Güterbahnhof Köln-Mülheim“. Es ging beim Stadtteilforum darum, die Ergebnisse der Mülheimer Öffentlichkeit vorzustellen.

### **Brief an Politiker**

Der SSM verfasste im April 2003 als etablierte und der Politik bekannte Institution auch stellvertretend für die WiWAt eG einen Brief, der nur von den Fraktionen der CDU und den Grünen beantwortet wurden. Die CDU wies auf die schwierige Haushaltssituation hin und machte keine klaren Aussagen, die Grünen machten ein Gesprächsangebot an den SSM, dass dann im 2. Halbjahr 03 zustande kam.

Köln, 14.04.03

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns an Sie wegen Ihrer geplanten Sparbeschlüsse. Sicherlich sind wir nicht die einzigen. Sie werden wahrscheinlich dutzende von Briefen und Eingaben von betroffenen Gruppen und Einrichtungen erhalten. Deshalb möchten wir betonen, dass wir als Selbsthilfegruppe von Ihren Sparbeschlüssen nicht direkt betroffen sind. Für unsere Arbeit wollten und wollen wir von Ihnen kein Geld. Deshalb gibt es da auch nichts zu kürzen. Worauf wir sehr wohl angewiesen waren und sind, ist, dass uns ein preiswertes Gelände zur Verfügung gestellt wird, damit wir unsere eigene Arbeit machen können.

Aber auch, wenn wir nicht selbst betroffen sind, so können wir doch in unserem Stadtteil Mülheim schon jetzt einige der Folgen Ihrer Sparpolitik hautnah miterleben. So muss z.B. das Jugendzentrum „Don Bosco“ montags schließen, da es weniger Personalmittel erhält. Die Folge ist, dass sich die bisher betreuten Jugendlichen im Stadtteil herumtreiben, sich drogenkonsumierenden Gruppen anschließen und zum Teil randalieren. Das ist eine Belastung für die Bürger, und auch die Polizei ist nicht glücklich darüber, dass sie nun dieses Problem repressiv lösen soll.

Ab Juni wird der Fahrdienst für Behinderte gestrichen, was bei den Behinderten, mit denen wir es zu tun haben, zu großer Verstörung führt, weil Sie Angst haben, dann ganz vom Leben abgeschnitten zu werden.

Wir sind uns bewusst, dass Sie um einen Sparkurs nicht herumkommen. Ebenso ist uns klar, dass Sie im wesentlichen nur in dem Bereich kürzen können, der sogenannten „freiwilligen Leistungen“ darstellt. Trotzdem glauben wir, dass eine kurzsichtige Sparpolitik größere Folgeschäden mit sich bringen wird als die Einsparungen einbringen. Man kann schließlich auch die Ausgaben für sein Auto kürzen, indem man die Ölwechsel einspart, nur hat man dann am Ende kein Auto mehr.

Sicherlich ist auch Ihnen bewusst, dass die Massenarbeitslosigkeit in den nächsten Jahren nicht zurückgehen wird. Die geplanten Kürzungen der Sozialleistungen durch Bundesgesetze wird somit nichts daran ändern, dass die Ausgaben für Sozialhilfe der größte Posten im städtischen Haushaltsetat bleiben. Wir halten die Debatten, die die Arbeitslosen für die Massenarbeitslosigkeit haftbar macht, für irreführend. Der verschärfte Druck auf Arbeitslose wird zwar den einen oder anderen zum Verzicht auf ihm zustehende Leistungen nötigen, aber nicht zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen.

Die Politik will sich bis heute dieser Realität nur ungern stellen, weil sie um Wählerstimmen fürchtet. Helmut Schmidt prägte in seiner Amtszeit als Bundeskanzler den berühmten Ausspruch: „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“. Was am Ende des Wirtschaftswunders gerade noch so stimmte, hat sich heute längst verkehrt: Die Gewinne von heute sind die Rationalisierungen von morgen und die Arbeitslosen von übermorgen.

Wenn Sie den Mut aufbrächten, sich dieser Wahrheit zu stellen, die jeder Politiker hinter vorgehaltener Hand, aber nicht öffentlich, zugibt, dann wäre der Weg frei, um neue Lösungen zu suchen. Statt die Sozialhilfe nur als einen lästigen Ausgabenposten zu sehen, könnte zumindest ein Teil dieser Mittel auch zukunftsorientiert eingesetzt werden. Als ein positives Beispiel für einen solchen Weg möchten wir den Verbund gemeinnütziger Kölner Möbellager nennen, in dem wir mit Ihnen zusammenarbeiten. Auf der einen Seite fördern Sie diesen Möbelverbund, auf der anderen Seite entsteht so ein flächendeckendes Netz von Gebrauchtmöbellagern, welches Möbel u.a. Second-Hand-Waren zu günstigen Preisen für Bedürftige anbieten kann und dem ökologischen Gedanken Rechnung trägt. Damit sinken auch die Sozialhilfeausgaben für Möbel.

Wir glauben, dass auch in anderen Bereichen solche Schritte möglich sind, die die Eigeninitiative fördern und Bedürftigen zugute kommen. So wäre z.B. die günstige Überlassung von Grundstücken und Gebäuden für Selbsthilfebetriebe wichtig, die etwa in diversen Recycling-, Handwerks- und Dienstleistungssparten wirtschaften und gleichzeitig unbefristet Langzeitarbeitslose und sog. Problemgruppen des Arbeitsmarktes integrieren. Eine solche Förderung würde für die Menschen Arbeitsplätze schaffen, an denen die traditionelle Wirtschaftsförderung bislang größtenteils gescheitert ist und den Sozialhilfeeetat entlasten. Ein investiver Einsatz von Sozialhilfemitteln, statt sie nur konsumptiv auszugeben, gibt der Kommune einen Teil politischer Gestaltungsfähigkeit zurück.

Im Vergleich zu anderen Ländern ist Deutschland in dieser Hinsicht aber leider ziemlich rückständig. In Utrecht ist das Projekt „de Verandering“ ein gutes Beispiel für eine sinnvolle investive Verwendung öffentlicher Mittel zur Förderung der Selbsthilfe und neuer lokalökonomischer Strukturen. Initiatoren des Projektes waren nicht Politik und Verwaltung, sondern die gesellschaftlichen Akteure vor Ort.

Ein weiteres Beispiel ist die „Brutstätten“-Politik in Amsterdam. Nicht mehr benötigte Betriebsstätten wurden Menschen überlassen, die sich hier neue Beschäftigungsmöglichkeiten selbst schaffen. Sie werden dort massiv durch die Politik unterstützt. Modelle und Vernetzungen entstehen, die als eigenständige Konstruktionen übertragen werden können. Nach 3-5 Jahren müssen diese Projekte die Gebäude wieder verlassen und in neue Gegenden/Stadtteile umziehen, wo sie ihre erworbenen Kenntnisse am neuen Standort an andere weitergeben und ein neues lokales Netzwerk aufbauen. Die auf diese Weise gegründeten Projekte haben sich mittlerweile unter einem gemeinsamen demokratisch organisierten Dach als „Solidair“ zusammengeschlossen. „Solidair“ ist mittlerweile so groß, dass eigene soziale Sicherungssysteme bestehen, die durch die Projekte mit 1-2 % des Jahresumsatzes finanziert werden.

In Deutschland ignoriert man weitestgehend diese Erfahrungen, obwohl es an Initiativen aus der Bevölkerung nicht mangelt. So hat z.B. in Köln-Mülheim die Initiative „Neue Arbeit für Mülheim“ eine Stadtteilgenossenschaft (WiWAt eG) gegründet, deren Ziel es ist, existenzsichernde und ökonomisch eigenständige Selbsthilfeprojekte bei Integration sozial benachteiligter Menschen vor Ort zu gründen und zu vernetzen. Damit dies gelingt, bedarf es niedriger Betriebs- und Lebenshaltungskosten, insbesondere niedrigster Mieten für Grundstücke, Betriebs- und Wohngebäude.

Wenn Sie sich auf Ihr christliches Menschenbild als CDU bzw. auf Ihre ökologische Gesamtsicht der Dinge als Grüne besinnen, dürfte jenseits des Kleinklein der Tagespolitik ein solcher Weg auch für Sie naheliegend sein. Ihre in der Bundesrepublik einmalige Koalition würde mit einer bürokratischen und phantasielosen Sparpolitik die Erneuerungschancen, die in der Verbindung ihrer christlichen bzw. ökologischen Ansätzen liegt, mit dem Rotstift zum Opfer fallen lassen.

Ein solcher Weg, der die Bedürftigen nicht als Last sieht, sondern auf ihre Kräfte vertraut, würde auch dem Subsidiaritätsgedanken, den Sie ja beide verfechten, Rechnung tragen.

Wir fordern Sie auf, sich mit Initiativen und Gruppen in Köln zu einem runden Tisch „Soziale Stadt Köln“ zusammensetzen. So wie sich Münster und Freiburg als ökologische Städte einen Namen gemacht haben, könnte dies zum Markenzeichen Kölns und Ihrer Koalition werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr SSM e.V.

- **Kooperationsstrategien (Möbelverbund, Bürgerdienste)**

#### Möbelverbund

Mit dem Möbelverbund diskutierte WiWAt über die Frage, ob und wie eine Kooperation insbesondere im Weißgeräterecycling-Projekt erfolgen könne. Die Geschäftsstelle des Möbelverbundes nahm informelle Kontakte zum Sozialbüro der Stadt Köln auf, wo großes Interesse an Weißer Ware signalisiert wurde, weil diese Gebrauchsgüter der Stadt bei der Ausstattung von Sozialhilfeempfängern Geld einsparen würde und bislang kein ausreichendes Angebot in Köln vorhanden ist. Die Geschäftsstelle selbst, deren Aufgabe ja die Vernetzung bestehender sozialer- und Selbsthilfeprojekte und die Unterstützung neuer Projekte im Recyclingbereich ist, nahm die Projektidee sehr positiv auf, wies aber auf einige Probleme hin. Innerhalb des Möbelverbundes gibt es eine Einrichtung, die schon seit einiger Zeit davon spricht, ein gleichartiges Projekt zu realisieren, bisher jedoch keinerlei Aktivitäten in diese Richtung entfaltet hat. Dieser Mitgliedsverein wäre nicht damit einverstanden, wenn die Geschäftsstelle ein Projekt fördert, das zunächst außerhalb des Möbelverbundes angesiedelt ist, wo doch aus ihrer Sicht gewisse Vorrechte bestehen. Aus diesem Grund, um den internen Frieden nicht zu stören, kann auch keine gemeinsame Anmietung einer Halle erfolgen bzw. der Möbelverbund bei seinem ohnehin existierenden Recyclingprojekt keinen Teil der Halle für das WiWAt-Projekt zur Verfügung stellen, weil sich hierdurch andere Gruppen benachteiligt sehen könnten. Die einzige Möglichkeit der Unterstützung wäre dann gegeben, wenn ein Projekt Weiße Ware einschließlich wirtschaftlicher Aktivitäten bereits bestünde, dann Mitglied des Möbelverbundes würde und in diesem Rahmen dann auch entsprechend gefördert werden könnte.

#### **Bürgerdienste**

Das Projekt „JobRAPID“ unter Beteiligung des INA stellvertretend für die WiWAt eG wurde von den Mülheimer Bürgerdiensten mit einem Finanzbedarf von 70.000,- Euro beantragt. Aufgrund der Haushaltssperre der Kommune im ersten Halbjahr und zum Teil auch zweiten Halbjahr 2003 und der absehbaren weiteren Verschärfung der finanziellen Lage der Kommune ergab sich ein Problem der Vorfinanzierung der Projekte des „Mülheim-Programms“. Die von der Stadt Köln beantragten Gelder für das „Mülheim-Programm“ werden erst im Jahre 2005 vom Land Nordrhein-Westfalen ausgezahlt. Da die Stadt Köln sparen muss, ist es fraglich, ob und in welchem Volumen die Vorfinanzierung der Projekte durch die Stadt gelingen wird. Darüber hinaus ist zu vermerken, dass ein Teil des Geldes, das von Seiten der Stadt vorfinanziert wird, nicht mit den Mülheimer Bürgerdiensten abgestimmt wird, sondern z.B. in die Gestaltung von Grünanlagen investiert wurden. Es steht zu befürchten,

dass genau diese Gelder künftig fehlen werden, um dringende Investitionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Köln-Mülheim tätigen zu können.

- **Öffentlichkeitsarbeit**

Ein wichtiges Vorhaben, das bei WiWAt im ersten Halbjahr 2003 angedacht war, war eine öffentlichkeitswirksame Befragung von Entscheidungsträger/innen in Politik und Verwaltung und Vertreter/innen von z.B. der lokalen Wirtschaft, der lokalen Vereine und Initiativen. Diese Interviews, die von professionellen Journalist/innen z.B. des WDR (aus dem Unterstützerumfeld der WiWAt eG) durchgeführt werden sollten, sollten sowohl Auskunft geben über die Wahrnehmung der WiWAt eG in der Mülheimer Öffentlichkeit und über mögliche Defizite in der Öffentlichkeitsarbeit, als auch die Gelegenheit geben, mit Unterstützung lokaler Medien und des Netzes NRW den Befragten das Konzept der WiWAt eG näher zu bringen und eine positive Einstellung sowie ggf. Unterstützung zu induzieren oder zu verstärken. Gegenüber Politik und Verwaltung sollte die Präsenz von Vertreter/innen der Medienöffentlichkeit einen öffentlichen und politisch wirksamen Handlungsdruck erzeugen. Des weiteren sollte die Befragung aber auch Auskunft geben über die Einschätzung und das Verständnis lokaler ökonomischer Prozesse im allgemeinen und der Selbsthilfe im besonderen aus der Sicht der lokalen Akteure. Ein Ziel war, die sich als Unterstützer der WiWAt eG definierenden lokalen und sonstigen Akteure an einen Tisch zu bringen, um somit eine bestmögliche Unterstützung für WiWAt und eine bestmögliche Vernetzung der Kompetenzen und Potentiale zu entwickeln.

Diese Befragung fand leider nie statt, dafür jedoch zu einem späteren Zeitpunkt eine durch das INA organisierte Befragung der Vertreter der Mülheimer Bürgerdienste (siehe 2. Halbjahr 03). Dies hatte mehrere Gründe. Zum einen waren die WiWAt-Akteur/innen ein wenig mutlos geworden angesichts der mangelnden Unterstützungserfahrung insbesondere durch Verwaltung und Politik. Zum anderen bei einem Treffen des Instituts für Neue Arbeit (INA, WiWAt-Mitglied), analysiert, dass die Vernetzung mit den anderen ehemaligen Unterzeichner/innen der „Mülheimer Erklärung“ vernachlässigt worden war. Im INA begann dann eine Diskussion über die Frage, wie der diese Vernetzung wiederbelebt werden könnte. Ein Ansatz war zunächst die Unterstützung der Einrichtungen der Bürgerdienste im Kampf gegen Haushaltskürzungen, wobei insbesondere der SSM mit einem eigenen Flugblatt an Aktionen und Demonstrationen teilnahm und die Politik gleichzeitig zur Unterstützung von WiWAt aufrief. Ein weiterer Ansatz war, genau über die Folgen der wirtschaftlichen Krise und

voranschreitenden Kürzung öffentlicher Mittel mit den davon betroffenen Einrichtungen über eine neue gemeinsame Strategie zu reden (siehe 2. Halbjahr 2003).

Ansonsten war die Öffentlichkeitsarbeit der WiWAt eG beschränkt auf die Öffentlichkeitsarbeit einzelner Akteure, die z.B. als SSM-Mitglieder von einem Journalisten der Frankfurter Rundschau interviewt wurden und in dem (anschließend veröffentlichten) Artikel auch in Grundzügen das WiWAt-Projekt erläutern und präsentieren konnten.

## 2. Halbjahr 2003

- Neuformierung politischer und gesellschaftlicher Kräfte im Stadtteil

Die im INA begonnene Diskussion um die Neuformierung der ehemaligen Unterstützer/innen der „Mülheimer Erklärung“ mündete zunächst in eine Befragung aller ehemals Aktiven der „Initiative Neue Arbeit für Köln-Mülheim“ durch INA-Mitglieder. Dabei wurden insbesondere zwei Aspekte hinterfragt; zum einen, die jeweils eigene Wahrnehmung von WiWAt und die Gründe für ggf. nachlassende Unterstützungsaktivitäten, zum anderen wurde nach der Bereitschaft gefragt, angesichts der aktuellen Bedrohung vieler sozialer Einrichtungen durch weitere Reduzierung öffentlicher Mittel, den politischen Diskurs in Mülheim wieder aufzunehmen und im Rahmen einer Veranstaltung am 01. Oktober 2003 die Aktualität der ehemals gemeinsam verfassten „Mülheimer Erklärung“ zu diskutieren.

Hier das Ergebnis der Befragung:

Der Mütze-Vertreter wünschte sich bei der Befragung für die Zukunft ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl in Bezug auf die Umsetzung der ehemaligen Ziele der Mülheimer Erklärung, die auch WiWAt zugute kommen würde. Als positives Beispiel hierfür nannte er die jüngste Zusammenarbeit Mülheimer Initiativen bei der Rettung des Kulturbunkers Mülheim, bei der auch der SSM eine entscheidende Rolle gespielt hatte.

Ein Vertreter des Sozialbüros erklärte sich interessiert an der Veranstaltung im Oktober, einer der Koordinatoren der Mülheimer Bürgerdienste und Vertreter der CSH (Christlichen Sozialhilfe), Rolf Sonnen, ebenfalls.

Eine frühere Koordinatorin der Mülheimer Bürgerdienste, Andrea Pohlmann-Jochheim, bekundete ebenfalls ihr Interesse und lieferte auch gleich eine erste politische Analyse:

- a) Aus ihrer Sicht verschlechtert der zunehmende Sozialabbau die Bereitschaft der einzelnen Einrichtungen und Initiativen, sich für neue Projekte einzusetzen. Es findet in erster Linie eine Verteidigung des eigenen Bereichs statt. Die ursprüngliche Dynamik aus den Zeiten der „Mülheimer Erklärung“ ist nicht mehr vorhanden.

Auch die Mitarbeiterin der Jobbörse Mülheim erklärte ihr Interesse.

### **Öffentliche Veranstaltung am 01.10. im Kulturbunker Mülheim**

Diese Veranstaltung wurde von ca. 25 Teilnehmer/innen besucht. Anwesend waren unter anderem die ehemalige Koordinatorin der Mülheimer Bürgerdienste (Andrea Pohlmann Jochheim) sowie die beiden aktuellen Koordinatoren (darunter Rolf Sonnen von der CSH). Es waren auch ehemalige Aufsichtsratsmitglieder von WiWAt anwesend, die sich zwar aus der WiWAt-Arbeit zurückgezogen hatten, aber offenbar an der Neuformierung der politischen Kräfte ein großes Interesse haben, was sie durch lebhaft Diskussionsbeiträge dokumentierten.

- **Kooperationsstrategien (Bürgerdienste, andere Selbsthilfegruppen)**

### **Bürgerdienste**

Am 06.10. fand ein Treffen der Mülheimer Bürgerdienste statt, in dem es unter anderem darum ging, über die Situation der sozialen Einrichtungen in Köln-Mülheim zu sprechen und nach Auswegen zu suchen.

Wie ist die Situation in den Organisationen?

Alle stehen in einem ständigen Abwehrkampf gegenüber den Kürzungen in den jeweiligen Etats. Das erzwingt immer mehr Zeit und Kraft für Verhandlungen, gemeinsame Krisensitzungen, Kürzungen von Diensten für die Menschen im Stadtviertel, Entlassungen von gut eingearbeiteten Leuten, jede Menge Überstunden.

Wie ist die Stimmung in den Organisationen?

Alle sind total frustriert. Das, was in den vergangenen Jahren aufgebaut wurde, muss nun durch die Akteure selbst wieder abgebaut werden. Ein Ende der Sparmaßnahmen ist nicht in Sicht, eher das Gegenteil.

Wie wirkt sich solche städtische „Sparpolitik“ für den Stadtteil aus?

Armut und Arbeitslosigkeit nehmen zu und damit einhergehend Vandalismus, Kriminalität, Drogenprobleme, Vereinzelung, Elend. Die Stadt sucht und subventioniert mit Steuergeldern vornehmlich Großinvestoren z.B. für die Industriebranche – aber den Leuten im Stadtviertel bringt das nichts, keine Arbeitsplätze, keine für sie nützlichen Güter und Dienste, keine bezahlbaren Wohnungen.

- **Öffentlichkeitsarbeit**

Am 13. und 14. September fand in Köln-Mülheim auf dem zentralen Wiener Platz der sog. "Markt der Möglichkeiten" statt. Die Bürgerdienste hatten hier die Möglichkeit sich zu präsentieren. WiWAt hatte zusammen mit dem Institut für Neue Arbeit und dem SSM einen gemeinsamen Stand mit Öffentlichkeitsmaterial zu allen drei Organisationen. Die Gelegenheit, viele alte Bekannte der Bürgerdienste wiederzusehen, wurde ausgiebig zum Gespräch und Gedankenaustausch genutzt.

Weitere Öffentlichkeitsarbeit erfolgte im wesentlichen durch SSM-Mitglieder, die z.B. von einem Journalisten der Frankfurter Rundschau interviewt und auch zu WiWAt befragt wurden. In dieser Zeitung erschien im Sommer 03 ein ganzseitiger Artikel zum Modell Neuer Arbeit, einige Wochen später nochmals der gleiche Artikel in den Saarbrücker Nachrichten.

Im Rahmen des Kölner Sozialforums im Oktober 2003 bot WiWAt einen Workshop an. Mit den drei Interessierten fand nach kurzer Einführung in die Genossenschaft ein angeregter Gedankenaustausch statt.

- **Sonstiger Sachstand**

Die WiWAt eG hat zwar offiziell ein Konto bei der Bank für Sozialwirtschaft eingerichtet, bisher aber noch keine Geschäftsanteile eingezogen, unter anderem deshalb, weil trotz mehrerer Bitten der noch aktiven Gremienmitglieder zu wenige Mitglieder ihre Bereitschaft zur Kandidatur für Vorstand oder Aufsichtsrat erklärt hatten. Für die Kassenführung gibt es bisher keinen Verantwortlichen. Die ursprünglich für Oktober angesetzte ordentliche Mitgliederversammlung mit Neuwahlen fand angesichts mangelnder Kandidaturen nicht statt und wurde in Absprache mit dem Prüfverband auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Genossenschaft und ihre Geschäfte „ruhen“ gewissermaßen zur Zeit. Die einzigen

Geldbeträge, die auf das Konto eingehen entstammen der Verbandsratstätigkeit des Aufsichtsratsmitglieds Michael Birkenbeul. Mit diesen Beträgen können wenigstens geringfügige Kosten für den Druck von Öffentlichkeitsmaterial sowie die obligatorischen jährlichen Pflichtbeiträge für den Prüfverband und die IHK finanziert werden.

Auch die Aktivitäten zur Bildung einer „Leihgemeinschaft“, die sich aus gering verdienenden Genossenschaftsmitgliedern zusammensetzen sollte und deren Beiträge über einen zinslosen Kredit mit kleinster Ratentilgung von der GLS-Bank vorfinanziert werden sollten, wurden wieder eingestellt. Entsprechende Vereinbarungen waren mit der GLS-Bank eingeleitet, dann aber nicht weiter verfolgt worden.

### **Interne und Externe Hemmnisse und Einflussfaktoren**

#### **Integration und Kooperation**

Als ein internes Hemmnis erwies sich die mangelnde Teilnahme der meisten Gremienmitglieder (aus Vorstand und Aufsichtsrat) an den o.g. regelmäßigen Treffen. Gleichzeitig erging keine Initiative, reguläre Gremientreffen durchzuführen. Die aktiveren Gremienmitglieder unterließen dies unter anderem deshalb, weil sie sich von den minder Aktiven ohnehin alleine gelassen fühlten und wegen ihrer Aktivitäten bereits terminlich ausgelastet waren. Ein zusätzlicher Diskussionstermin mit Personen, die zur Umsetzung des Diskutierten entweder nicht bereit oder nicht in der Lage waren, erschien den aktiven Gremienmitgliedern als zusätzliche Belastung. Hierdurch verschärfte sich allerdings auch das ohnehin schon bestehende interne Kommunikationsproblem.

Als ein externes Hemmnis erwies sich die Unfähigkeit der WiWAt eG einerseits, auf ehemalige Interessierte aus dem Umfeld der Bürgerdienste und der Initiative „Neue Arbeit für Köln-Mülheim“ zuzugehen und diese wieder für eine Zusammenarbeit zu interessieren, andererseits aber auch die teilweise vorhandene Gleichgültigkeit der ehemaligen Initiativen-Mitglieder gegenüber den Aktivitäten der WiWAt eG. Der ursprünglich breite Aktivenkreis verringerte sich zusehends. Dadurch wurde auch das Erscheinungsbild und die Handlungsmacht der Genossenschaft nach außen, insbesondere gegenüber Politik und Verwaltung, außerordentlich geschwächt, denn WiWAt wurde „nur noch“ durch einige wenige Initiativenvertreter repräsentiert, nicht aber durch ein Bündnis der gesellschaftlichen Kräfte Köln-Mülheims.

Neue Impulse brachten schließlich im zweiten Halbjahr 03 Aktive des SSM und des Instituts für Neue Arbeit, die eine Neuformierung der politischen Kräfte in Mülheim planten und organisierten. Dieser Versuch rief bisher einige Resonanz hervor, die sich bisher aber noch nicht unmittelbar auf die Genossenschaft ausgewirkt hat.

Zu einer professionellen Arbeit im Sinne der Führung einer öffentlich wirksamen Stadtteilgenossenschaft und der Förderung und Anleitung von Projekten sind die wenigen ehrenamtlich tätigen Mitglieder derzeit nicht in der Lage. Momentan findet eher so etwas wie eine Rückbesinnung auf die Wurzeln und Potentiale im Stadtteil statt. Ohne die hier durchaus vorhandenen Kräfte ist die Stadtteilgenossenschaft nicht funktionsfähig bzw. kann nur mit diesen Kräften erfolgreich und „auf breiteren Schultern“ fortgeführt werden.

Haushaltsproblematik in Kommune und Land

Darüber hinaus wirkte sich die aktuelle finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte, insbesondere in der Kommune, lähmend auf die Genossenschaft aus. Sie führten und führen nach wie vor zu einer Blockade politischer Entscheidungen und zu einer sinkenden Bereitschaft zur Unterstützung neuer Projekte.

Die Kommune soll nach Aussage des Oberbürgermeisters Schramma 50 Millionen Euro im Jahr 2003 sparen. Nachdem die ursprüngliche Koalition aus CDU und F.D.P. im Rat der Stadt Köln beendet wurde, musste eine neue Koalition aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen gebildet werden. Diese musste sich auf einen neuen Haushalt einigen, der mit einiger zeitlicher Verzögerung im Rat der Stadt Köln erst im Juni 2003 diskutiert und beschlossen wurde. Bis dahin konnten Entscheidungsträger/innen in Politik und Verwaltung keine kostenwirksamen Entscheidungen treffen. Kurze Zeit, nachdem der Haushalt rückwirkend für 2003 und vorausgreifend für 2004 beschlossen worden war, wurde erneut eine Haushaltssperre verhängt. Die Kommunalpolitik ist im Grunde in Köln überhaupt nicht mehr handlungsfähig.

## **Fazit**

Für WiWAt bedeutet dies letztlich, dass die einzige Hoffnung, politischen Einfluss und Unterstützung zu gewinnen, darin besteht, mit den sonstigen Akteuren in Mülheim, insbesondere den sozialen Einrichtungen, Vereinen und Initiativen der Bürgerdienste, nicht nur ein Netzwerk, sondern ein Bündnis zu schließen. Dieses Bündnis muss einerseits versuchen, weitere drohende Beschneidungen der sozialen Infrastruktur abzuwehren, vor allem aber neue Strukturen und Organisationsformen entwickeln, die mehr finanzielle Eigenständigkeit der Einrichtungen ermöglichen. Diese Entwicklung könnte eine Chance

bedeuten für die Aufrechterhaltung der sozialen Dienste und die Stadtteilgenossenschaft WiWAt.

Die Bürgerdienste selbst wünschen sich von WiWAt eine stärkere Netzwerkarbeit, die neben dem Aspekt der Neuen Arbeit auch andere Themen aufgreift. Dies lässt sich natürlich nur mit entsprechender personeller Beteiligung aus den Reihen der Bürgerdienste umsetzen, böte aber die Chance einer vielfältigen Zusammenarbeit und Kommunikation aller Akteure im Stadtteil. Eine Zusammenarbeit im Stadtteil, kombiniert mit der Notwendigkeit, infolge der anhaltenden Haushaltskrise nach neuen Wegen zu suchen, schafft vielleicht –so hoffen die Aktiven bei WiWAt- eine neue organische Basis dafür, dass nicht nur neue Projekte entstehen, sondern bestehende Projekte und Einrichtungen zu Projekten Neuer Arbeit umgewandelt und auf neue Füße gestellt werden.

WiWAt verfügt über ein gutes Konzept und wegen der Erfolgsbilanz der beteiligten Selbsthilfeprojekte auch über Kompetenz und Erfahrung. Das Entscheidende, was bisher fehlte, war, dass WiWAt leblos und blutleer blieb. Dies hatte etwas damit zu tun, dass ein Teil der Aktiven und Gremienmitglieder zwar im politischen Diskurs zu Hause sind, nicht aber in der Gründung und Führung von Selbsthilfebetrieben und –projekten. Sie sind eher Theoretiker als Praktiker. Die wenigen Praktiker aus der bestehenden Selbsthilfeszene, die versuchten, das Ruder in die Hand zu nehmen, blieben alleine und in Ermangelung politischer Unterstützung erfolglos.

Sowohl die politische Unterstützung als auch die Verwirklichung von Projekten hängt jetzt an der Organisation einer neuen Zusammenarbeit im Stadtteil und an den hier real existierenden Potentialen. Das INA, das momentan unter Einbeziehung der WiWAt-Aktiven die entscheidende Koordinierungsarbeit leistet, verbindet Selbsthilfepraktiker und Theoretiker und gibt die entscheidenden Impulse, die auch bereits in die Bürgerdienste hineingetragen wurden.

Oberhausen, im Dezember 2003